Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.); durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A. / Geschäftsst. u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Freitag, den 25. März 1927 — Nummer 71

Korruption des Bürgerblocks

Mandatsraub gegen die Kommunisten — Rachepolitik und Postenreißerei

Die Korruption ist in der bürgerlichen Gesellschaft nichts Besonderes. Jeder Kapitalist oder Kapitalsknecht läßt sich seine Dienste oder Sonderdienste bezahlen. Das ist eine allgemeine Erscheinung. Nur ab und zu stoßen Blasen aus dem Korruptionssumpf an die Oberfläche, wenn die eine oder andere Forderung allzu ungeschickt durchgeführt oder aufgestellt wird. In Sachsen hörten wir so einige Skandälchen. Hier erhält die Korruption noch ein besonderes Gesicht dadurch, daß ein paar ehemalige alte Sozialdemokraten sich als derart korrumpiert enthüllen, daß jeder Arbeiter sie verachten muß. Hier in Sachsen wird eine hornierte engherzige und rochlüchtige Spießerbourgeoisie von einigen ehemaligen Arbeitervertretern geschützt und gestützt, die bereit sind, jeden Schandstreich gegen die Arbeiter mitzumachen. Dabei enthüllen sie sich nur als kleine, erbärmliche und armselige Geschäftemacher. Zu jeder Tat gegen die Arbeiter bereit, wenn es geht, dadurch ihre Positionen zu halten. Vor einigen Tagen hörten wir im Landtag von einer Sonderanleihe, die der Arbeitsminister zu günstigen Bedingungen von der Versicherungsanstalt bekam. Der altsozialdemokratische Minister „verteidigte" sich, das Bürgertum deckt den Minister selbstverständlich, die Abfindung, die gezahlt wird, ist

Mieterhöhung und Lockerung der Wohnungswirtschaft.

Die Mieter und Gewerbetreibenden zahlen den Preis. Im Reichsausschuß standen zweimal Anträge gegen die Mieterhöhung, gegen die Lockerung der Zwangswirtschaft auf der Tagesordnung. Bethke, der getreueste und brutalste Knappe der sächsischen Industriellen, kämpfte für ihre Vertagung und Nichtberatung. Die Mieter werden vor die fertige Tatsache gestellt, die Mehrheit des Landtages schaltet den Landtag aus.

Gestern zeigten die altsozialistischen Gesellen im Plenum des Landtages anläßlich der Abstimmung über die Gültigkeit des Mandates von Ewert aber nochmals unverhüllt ihre politische Verkommenheit und ihre persönliche Korruption. Die Vorgänge, die der Abstimmung vorausgegangen sind, sind zur Genüge bekannt. Genosse Ewert soll die Bestimmungen über die Notwendigkeit eines Wohnsitzes in Sachsen nicht erfüllt haben. Obgleich eine Anzahl Entscheidungen insbesondere des Reichstages für das Recht der Wählbarkeit nichts anderes verlangen, als den Willen zur Niederlassung, und dieser in Anmeldung, Wohnungsmiete und auch in den Erklärungen des Genossen Ewert gegeben war, erklärten die bürgerlichen Parteien, daß sie das Mandat aberkennen werden. Nackte und brutale Rachepolitik gegen die Kommunisten, Hilfsstellung für den Reichsanwalt war hier das entscheidende Moment.

Die Altsozialdemokraten erklärten im Ausschuß, daß sie für das Mandat stimmen werden. In einer Ausschußsitzung erklärte der Abgeordnete Hagen, Leipzig, ausdrücklich gegen die Forderungen der Bürgerlichen auf Aberkennung des Mandats: „Ich bin in den Ausschuß gekommen mit der Absicht, das Mandat abzulehnen. Nachdem ich aber jetzt das Material erhalten habe, bin ich zu der Auffassung gekommen, daß ich einer Aberkennung nicht mehr zustimmen kann, ich werde deswegen für die Gültigkeit des Mandats stimmen."

In einer vorhergehenden Sitzung des Ausschusses hatte Bethke erklärt: **„Das vorliegende Material rechtfertigt keineswegs die Aberkennung des Mandats, wenn das Material nicht schlimmer wird, werde ich für das Mandat stimmen."**

In der gestrigen Plenarsitzung erklärte aber dann der Bürgerblock — von den Deutschnationalen bis zu den Altsozialdemokraten — die Wahl für ungültig. Der Zweck dieses Manövers war, dem Genossen Ewert, der als führender Funktionär der KPD den Kapitalisten verhaßt ist, die legale Arbeit unmöglich zu machen. Sachliche Gründe wagte man überhaupt nicht ins Feld zu führen.

Wer hat die ASPS veranlaßt, gestern im Plenum eine andere Stellung einzunehmen wie im Ausschuß? Die Ausführungen des Genossen Renner zeigten, daß es sich bei den Altsozialisten um einen Racheakt, um eine Handlung korrumpierter Parlamentarier handelte.

Genosse Renner enthüllte die ganze Korruption der ASPS und der Bürgertums in Sachsen. Noch zwei Tage zuvor hatte die ASPS erklärt, daß sie gegen die Ungültigkeitserklärung des Mandates stimmen werde. Am letzten Dienstag stand aber ein Antrag der SPD zur Tagesordnung, das Gehalt des politischen Leiters der Staatszeitung zu streichen.

Kurz vor der Abstimmung erklärte Bethke dem Genossen Renner, wenn die KPD diesem Antrag der SPD zustimme, werde die ASPS gegen das Mandat von Ewert stimmen.

Für die Kommunisten, die das Gesamtkapitel über die Staatszeitung ablehnten — sie unterschieden sich hierin von den Sozialdemokraten — war auch diese Abstimmung eine politische Maßnahme. Sie stimmten selbstverständlich dem SPD-Antrag zu. Die ASPS erklärte, daß sie nun aus diesem Grunde gegen die Gültigkeit des Mandats des kommunistischen Abgeordneten stimmen werden.

Die Bekanntgabe dieser politischen Korruption führte gestern im Landtag zu einem ungeheuren Tumult. Die Abgeordneten der KPD und ein großer Teil der SPD-Abgeordneten stürmten auf Bethke zu und griffen diesen Verräter der Arbeiter tätlich an. Der Präsident schloß die Sitzung.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung wollte Bethke das Wort ergreifen, um die politische Korruption des Bürgerblocks zu verteidigen. Er wurde jedoch am Sprechen verhindert und von der Rednertribüne heruntergeworfen. Einige Abgeordnete der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen eilten herbei, um ihren politischen Knecht und Freund zu schützen. Es entstand ein Handgemenge und es kam zu stürmischen Auseinandersetzungen.

Der sozialdemokratische Präsident ließ die Tribünen räumen, obgleich hierzu gar kein Anlaß vorlag und die Tribünen sich vollständig ruhig verhielten. Die Räumung verteidigte der Präsident damit, daß er erklärte, die Zuschauer sollten nicht Zeugen des Skandals werden.

Die Arbeiter auf den Tribünen sollten also nicht erfahren, daß und wie die Kommunisten und auch die Sozialdemokraten mit den käuflichen Gesellen der ASPS Abrechnung hielten.

Der

Genosse Roscher

wurde von dem Präsidenten für drei Sitzungen ausgeschlossen.

Die bürgerliche Presse bemüht sich, die Korruption der ASPS zu rechtfertigen oder zu verschleiern. Der Dresdner Anzeiger schreibt heute früh:

„Der meistgehaßte der altsozialistischen Abgeordneten, Bethke, soll eine Aeußerung getan haben, die die Verquickung persönlicher Interessen mit seiner und seiner Parteifreunde Entscheidung über das Mandat Ewert bescheinigen soll. Eine Aeußerung, die, **wenn nicht aus anderen Gründen, man Bethke schon deswegen nicht zutrauen kann, weil er viel zu geschickt ist, als daß er politischen Gegnern solche offenen Worte sagen könnte.**"

Zu diesem vergeblichen Versuch der Mohrenwäsche wollen wir heute nur anführen, daß gestern in der Sitzung Bethke, als der Gen. Renner seine Ausführungen machte und erklärte, Bethke habe ihm gesagt, er stimme aus persönlichen Gründen jetzt gegen das Mandat, denn er setze auf einen Scheinen anderthalben, von Bethke diese Ausführungen mit einem „Sehr richtig" unterstrichen wurden. Bethke hat also damit schon zugegeben, daß er nicht „geschickt" genug war, solche Aeußerungen nicht zu machen. Der Versuch Blühers, Bethke auf die Art zu retten und die Korruption des Bürgerblocks zu verschleiern, ist ein vergeblicher Versuch.

In der Aeltestenausschußsitzung und — wie wir erfahren — in der Stadtverordnetensitzung versuchte Wirth eine „Rechtfertigung" der Haltung der Altsozialisten durchzuführen. Im Ausschuß erklärte Wirth, die ASPS-Fraktion habe von dieser Haltung nichts gewußt.

Wir werden Gelegenheit nehmen, diesen Herren das Gegenteil zu beweisen. Im Stadtverordnetenkollegium erklärte Wirth, nach der Verfassung haben sie das Mandat aberkennen müssen. Das behaupten nicht einmal die Demokraten, die angeben, nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes sei das Mandat abzuerkennen. Die Ausführung von Hagen und Bethke im Ausschuß strafen Wirth aber auch Lügen.

Die gestrige Demonstration der kommunistischen Landtagsfraktion gegen den Mandatsraub, die von der SPD unterstützt wurde, enthüllte vor der gesamten Arbeiterschaft die Korruption der ASPS. Sie zeigte jedem Arbeiter, daß diese Leute nur um ihre Futterkrippen kämpfen, daß sie mit dem Bürgertum jeden Schandstreich gegen die Arbeiter unternehmen werden.

Die Arbeiterschaft muß jetzt ernstlich mit den ASPS-Funktionären in den Arbeiterorganisationen, in den Gewerkschaften abrechnen. Kein ASPS-Mann darf eine Funktion in den Gewerkschaften ausüben. Die korrumpierten Elemente müssen aus der Arbeiterbewegung verbannt werden.

Drei Todesopfer des Faschistenterrors

Die Stellungnahme der Berliner Presse

Wie uns berichtet wird, ist einer der schwerverletzten Arbeiter als zweites Opfer des Polizeiterrors zu beklagen. Trotz unserer Bemühungen, den Namen dieses Opfers zu erfahren, verweigern uns die zuständigen Stellen jede Auskunft.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß in der Nacht von Montag auf Dienstag der RFB-Kamerad Rohrbach in Spandau von Faschisten überfallen und schwer verletzt worden ist. Die Faschisten haben seit Wochen in größeren Trupps sein Haus umlagert und ihm aufgelauert. Gestern starb der RFB-Kamerad an den erlittenen Verletzungen. Er ist somit das dritte Todesopfer der Berliner revolutionären Arbeiterschaft in dieser Woche.

•

Die blutigen Provokationen unter den demonstrierenden Arbeitern am Dienstag abend waren durch die Polizeioffiziere Zörgiebels bewußt organisiert worden. Sie, die den faschistischen Terroristen offen halfen, hatten scheinbar die Instruktion: **bei dieser proletarischen Demonstration sofort mit der Schußwaffe und dem Gummiknüppel einzugreifen.** Der sozialdemokratische Innenminister Grzesinski deckte gestern im Preußischen Landtag restlos den sozialdem. Polizeipräsidenten Zörgiebel, den Organisator des Blutbades vom Dienstag abend.

Mit der Stirn des scharfmacherischen Arbeiterfeindes trat Grzesinski gestern vor den Landtag hin und erklärte: **„Ich sage hier ganz offen, die Beamten hatten gestern Recht, von der Waffe Gebrauch zu machen." Und im gleichen Atemzuge wandte er sich mit der Auflösungsandrohung gegen den Roten Frontkämpferbund, kündigte den polizeilichen Schutz des Stahlhelmaufmarsches an und forderte von den Berliner Arbeitern, sie sollten sich am 8. Mai in den Mauselöchern verkriechen.**

Der Vorwärts wagte es gestern morgen, die demonstrierenden Arbeiter als „Straßenmob" zu beschimpfen. Er gab aber in dieser Nummer zu, daß der RFB an den Zusammenstößen nicht beteiligt war. Bis zu seiner gestrigen Abendausgabe schwenkte die Vorwärts-Redaktion vollkommen in die Front der Polizeilügen ein. Die unerhört verlogenen Entstellungen des Vorwärts finden nur in den arbeiterfeindlichen Räubermärchen der deutschnationalen Hugenberg-Presse eine Konkurrenz. Diese bewußten Lügen des Vorwärts dienten dem Zweck, daß er sich in der gleichen Nummer für ein Verbot der „Demonstrationszüge der radikalen Parteien" einsetzt. Also auch **für ein Verbot der Demonstrationen der KPD und des RFB,** obwohl der gleiche Vorwärts am Morgen noch die Disziplin des RFB anerkennen mußte!

Demgegenüber sieht sich sogar ein Teil der **bürgerlichen Presse** gezwungen, eine **ziemlich scharfe Kritik an den blutigen Provokationen der Schupooffiziere** zu üben. Die Vossische Zeitung erklärt, „daß bei mehreren Zusammenstößen auch die **Polizeioffiziere und Beamten die Nerven verloren** haben und schneller von den Schußwaffen Gebrauch gemacht haben, als es vielleicht notwendig gewesen wäre". Das nächtliche Schlachten unter den Wehrlosen schildert die Vossische Zeitung folgendermaßen:

„Als die Spitze der abmarschierenden Abteilungen der Roten Frontkämpfer den Wilhelmplatz erreicht hatte, wurden in der Mitte des Zuges am Luisenplatz einige Kommunisten mit einem Schutzpolizisten handgemein. Der Beamte zog seine Dienstwaffe und schoß einen der Angreifer nieder. Nicht weit von Schauplatz dieses Zusammenstoßes stand eine Schutzpolizeiabteilung in Stärke von ungefähr 40 Mann, die von einem Hauptmann geführt wurde. Diese eilten im Laufschritt ihrem Kameraden zu Hilfe. Ein ungeheurer Tumult entstand. Der Schutzpolizeioffizier rief dreimal gellend: „Zurück!", und kommandierte, als die Massen der Roten Frontkämpfer dem Befehl nicht folgten, „Feuer!" Die Masse flutet, drei Verletzte liegen vor den Füßen der Polizisten."

Die Berliner Volkszeitung schreibt:

„Wenn die Kommunistenführer, vor allem Thälmann, das muß anerkannt werden, nicht diese Besonnenheit gezeigt hätten, wäre das Blutbad wahrscheinlich noch viel größer geworden. Auch der Abmarsch auf der Berliner Straße vollzog sich, soweit übersehen werden konnte, in Ruhe und Ordnung. Um so unverständlicher wirkte hier das Vorgehen der Schupo mit der Schußwaffe. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sie gestern überreichlich nervös war."

Die Berliner Volkszeitung schreibt ferner:

„Es hat freilich auch den Anschein, als ob nicht an allen Stellen das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten erst nach deren Herausforderungen erfolgte, sondern daß zuweilen mehr Schneidigkeit gezeigt wurde, als in der Situation begründet lag."

Der Börsen-Courier sagt gegen das polizeiliche Vorgehen: **„Unterlassungen wie in Lichterfelde wechseln mit Schadlichkeiten des Uebereifers, wie anscheinend in Charlottenburg."**

Die B. Z. am Mittag schreibt:

„Wir haben jetzt zwei grundverschiedene Systeme der Polizei gesehen. Bei den Hakenkreuzlern war sie erst gar nicht, dann zu schwach und zu spät da, bei den Kommunisten erschien sie am Anfang in allzu sichtbaren Massen, von vornherein mit Karabinern usw...."

Es ist klar, daß schon die Polizeiprovokationen alle Grenzen überschreiten müssen, wenn die bürgerlichen Blätter (sonst die eifrigsten Verteidiger der Polizei!) zu solch scharfer Kritik kommen. Diese bürgerlichen Pressestimmen charakterisieren auch die Lügen des Vorwärts zugunsten der rasenden Polizeioffiziere.

Die Arbeiterschaft kennt die Täter und ihre Hintermänner. Keine Manöver der SPD-Führer werden imstande sein, die Spuren zu verwischen.

Keine noch so geschickte Demagogie der SPD-Führer wird auch die Arbeiterschaft daran hindern, daß sie in vollem Bewußtsein ihrer Macht sich zusammenschließt, eine eiserne Mauer gegen die Faschisten bildet und den 8. Mai im Zeichen des gesteigerten Kampfes gegen die Bürgerblockregierung, ihre weißen Garden und ihre Zuhälter vorbereitet und durchführt.